

Antrag Nr. 21-O-04-0049

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Betreff:

Auswirkungen BGH-Urteil zur Sanierungsverpflichtung in Wiesbaden (Grüne)

Antragstext:

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Der OBR beschließt, der Magistrat möge berichten,

1. welche Auswirkungen sich für Wiesbaden, speziell hier für die Leerstände in Nordost aus dem BGH-Urteil ergeben und
2. welche konkreten Maßnahmen zur Abhilfe nun geplant sind bzw. umgesetzt werden.

Begründung:

Die Stadt hat bereits angesichts der aktuellen Situation auf dem Wohnungsmarkt diverse Maßnahmen ergriffen, um die Situation für die Wiesbadener*innen zu verbessern u.a. auch, ein Leerstandskataster anzulegen. Unsere Anfrage diesbezüglich für den Bezirk Nordost war schon vom OBR nicht in toto gewechselt und leider nur auf städtische Grundstücke beschränkt worden. Angesichts des aktuellen BGH-Urteils ergibt sich eine neue Rechtslage und wir bitten um Auskunft, wie sich das auf die Leerstände in Wiesbaden auswirkt.

Wiesbaden, 19.10.2021